

## Heftiger Einbruch des internationalen Handels

### Kein Industrieland kommt ungeschoren davon

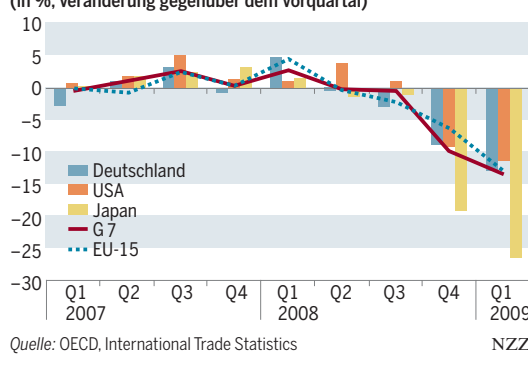
Ug. Paris, 15. Juli

Der beispiellose, weitgehend synchron verlaufene Kollaps des internationalen Handels von führenden Industriestaaten hat sich im ersten Quartal beschleunigt, wie Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigen. In allen G-7-Ländern ist das Exportvolumen im Vergleich zum Vorjahresquartal in zweistelligen Prozentzahlen gefallen. Auch gegenüber dem Vorquartal sind zum Teil hohe Einbußen entstanden (vgl. auch Grafik).

Das Volumen der Exporte von Handelsgütern und Diensten der G-7-Länder war in den ersten drei Monaten um 13,6% niedriger als im Vorquartal, als es um 9,9% fiel. Am schlechtesten schnitt Japan mit einem Rückschlag um 26,7% (nach 19,3%) ab. Heftig betroffen waren auch Italien (-17,0% nach -8,9%), Deutschland (geschätzt -13,0% nach -9,0%) und die USA (-11,5% nach -9,2%). Besser hielten sich Grossbritannien (-8,3% nach -7,2%) und Frankreich (-7,6% nach -4,2%). Die Exporte der EU-15 in den Rest der Welt büssteten 13,0 (6,4)% ein.

Das ganze Ausmass der Schrumpfung der Exporte zeigen Vergleiche mit dem ersten Quartal 2008. Die sieben grossen Länder erlitten eine Einbusse von 22,8%, zu der am meisten Japan mit einem Rückgang von 42,1% beitrug. Das Exportvolumen Italiens sank um über ein Viertel (-26,6%) und jenes von Deutschland um nicht viel weniger (-23,3%). Grossbritannien hielt sich besser (-17,7%), wobei allerdings nicht übersehen werden darf, dass schon 2007 heftige Einbrüche stattgefunden hatten. Die USA und Frankreich verzeichneten -15,8% bzw. -13,7%.

### Exporte von Industrieländern



Für die EU-15 beträgt das Minus 20,9%. Die Importe waren weniger heftig betroffen. Die Einfuhren der G-7-Länder sanken im Quartalsvergleich nur um 10,5% und im Jahresvergleich um 16,8% und jene der EU-15 um 9,2% bzw. 15,0%.

Die OECD stellte auch Vergleiche des Wertes von Exporten und Importen ihrer Mitglieder auf. Diese Betrachtung zeigt, dass sich die Schrumpfung zwar fortsetzte, aber an Heftigkeit verlor. Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen waren im ersten Quartal 13,8% weniger wert, während die Einbuße im Schlussquartal 2008 18,5% betragen hatte. Im Vergleich zum Vorjahr waren sie 27,1% weniger wert. Der Wert der Importe fiel im Quartal um 15,2% nach 18,4% in den Schlussmonaten 2008. Im Jahresvergleich fiel der Wert der von den OECD-Ländern importierten Güter und Dienste um 27,9%.

## Chinas Währungsreserven wachsen wieder

### Mehr «Hot money», weniger Investitionen

Ug. Peking, 15. Juli

Chinas Währungsreserven sind nicht nur die grössten der Welt, sie nehmen trotz Wirtschaftskrise auch wieder schneller zu. Nachdem sie im April erstmals die 2-Bio.-\$-Grenze überschritten hatten, waren sie per Ende Juni 2,13 Bio. \$ wert, wie die chinesische Zentralbank am Mittwoch mitteilte. Das ist rund das Doppelte dessen, was Japan als weltweit zweitgrösster Halter von Währungsreserven ausweist, und fünfmal mehr, als die Nummer drei, Russland, angehäuft hat. Nachdem Chinas Währungsreserven Anfang Jahr leicht abgenommen hatten, wachsen sie nun offenbar sogar wieder schneller als im Vorjahr. So haben sie laut der CEIC-Datenbank im Juni um 42,1 Mrd. \$ zugenommen, 39% mehr als im Vorjahresmonat. Für das ganze 2. Quartal hat der Anstieg 177,9 (i. V. 126,7) Mrd. \$ betragen.

Das beschleunigte Wachstum erstaunt, weil Chinas Währungsreserven bisher hauptsächlich von den immer grösseren Handelsbilanzüberschüssen und dem Saldo der ausländischen Direktinvestitionen geäuft wurden. Nun sind in den letzten Monaten die Exporte deutlich stärker eingebrochen als die Importe, und der Handelsbilanzüberschuss hat sich entsprechend verringert. Auch die ausländischen Direktinvestitionen haben wegen der Wirtschaftskrise abgenommen und sind im ersten Halbjahr um 18% geringer aus-

gefallen als noch vor einem Jahr, wie das Wirtschaftsministerium berichtete. Das wieder stärkere Wachstum der chinesischen Währungsreserven muss deshalb andere Gründe haben. Der wichtigste davon dürften wahrscheinlich unerklärte kurzfristige Kapitalzuflüsse, sogenanntes «Hot money», sein. Die Schanghai Börse hat seit Anfang Jahr 70% an Wert gewonnen. Viele Beobachter halten zudem eine weitere Aufwertung des Yuan mittelfristig für unumgänglich. Wahrscheinlich haben Finanzinstitute, Firmen und Anleger darauf spekuliert und Gelder ins Land gebracht. Das will Chinas Regierung zwar eigentlich verhindern, indem sie den internationalen Kapitalverkehr strikt reguliert, doch finden sich offensichtlich für einige immer Wege, die Vorschriften und Beschränkungen zu umgehen.

Das tatsächliche Ausmass dieser grauen «Hot money»-Zuflüsse ist allerdings kaum bezifferbar. Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt nämlich China nichts über die Zusammensetzung seiner Währungsreserven oder die Struktur ihrer Veränderungen bekannt. Bei diesen Grössenordnungen können Veränderungen des Werts von Wertpapieren und Währungseffekte eine wichtige Rolle spielen. Es ist auch schon verschiedentlich vorgekommen, dass die Zentralbank zu anderen Staatsinstitutionen wie dem Investitionsfonds Gelder verschob, ohne dies auszuweisen.

### KONJUNKTUR

#### Schweiz

**Weniger Umsatz im Detailhandel.** Die Wirtschaftskrise hat im Mai ein Detail in der Kasse der Detailhändler gerissen. Deren Umsätze sind im Vergleich zum Vorjahresmonat bei gleicher Anzahl Verkaufstage sowohl teuerungsbereinigt als auch nominal um 1,4% teurer, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilt. Nach Warengruppen unterteilt, litt der Verkauf von Schuhen und Kleidern mit einem Minus von 9,5% am stärksten. Dies ist laut Angaben des BFS jedoch nicht nur auf die Wirtschaftskrise, sondern auch auf allgemein tiefere Preise bei den Kleidern zurückzuführen. (sda)

#### USA

**Teureres Benzin treibt Konsumentenpreise höher.** Gemäss den Angaben des Arbeitsministeriums sind die Konsumgüterpreise im Juni im Vergleich zum Mai saisonbereinigt um 0,7% gestiegen. Haupttreiber waren die um 17,3% höheren Benzinpreise. Lebensmittel sahen im Durchschnitt keine Preisänderungen, während Güter und Dienstleistungen ohne Energie und Lebensmittel (Kerninflation) um 0,2% teurer wurden. Im Vergleich zum Juni 2008 lagen die Preise um 1,4% tiefer. Energie ist in diesem Jahresfrist um 25,5% billiger geworden, Lebensmittel verteuerten sich um 2,1%, und die Jahres-Kern-teuerung stellte sich auf 1,7%. (wm)

**Industrieproduktion weiter leicht gesunken.** Der Ausstoss der Industrie ist gemäss den Angaben der US-Notenbank im Juni saisonbereinigt um 0,4% gesunken. Das war etwas weniger als erwartet. Gestützt wurden die Resultate durch einen Anstieg der Produktion bei Versorgungsunternehmen (Strom, Gas). Die Kapazitätsauslastung fiel auf ein Rekordtief von 68%. Im Vergleich zum Vorjahr lag die US-Industrieproduktion um 13,6% tiefer, bei der verarbeitenden Industrie erreichte der Rückgang 15,5%. Die neuesten Zahlen deuten an, dass die Talsohle in der Industrie nahe sein könnte. (wm)

## Die OECD sieht Brasilien auf gutem Weg

### Ausufernder Staatshaushalt und Ineffizienz als Kritikpunkte

C. H. Rio de Janeiro, 14. Juli

Im am Dienstag veröffentlichten Länderbericht stellt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Brasiliens volkswirtschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahre gute Noten aus. Diese hätten zu einer abnehmenden Teuerung, einer sinkenden Staatsverschuldung und einer steigenden Resistenz gegen externe Schocks geführt. In den Jahren von 2004 bis 2008 sei Brasiliens Wirtschaft mit durchschnittlich jährlich 4,7% doppelt so schnell gewachsen wie in den fünf Jahren zuvor. Dank der makroökonomischen Stabilisierung habe Brasilien den weltweiten Wirtschaftsabschwung vergleichsweise gut und ohne die in den vergangenen Jahrzehnten immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen überstanden. Auch die von der brasilianischen Regierung in den letzten Monaten ergriffenen konjunkturstützenden geld- und fiskalpolitischen Massnahmen seien korrekt gewesen, wenn auch vor einem Fortführen der hohen Ausgaben deutlich an mehreren Stellen des Länderberichts gewarnt wird.

### Abholzen des üppigen Steuerdschungels

Trotz den beachtlichen Fortschritten in den letzten Jahren hat Brasilien für ein langfristig, dem Potenzial des Landes angemessenes hohes Wachstum noch nicht die notwendigen Grundlagen geschaffen. Diese könnten laut den Autoren zum einen mittels einer Reform des Steuersystems geschaffen werden. Brasiliens Steuersystem sei zu komplex, fördere einen im Endeffekt schädlichen Steuerwettbewerb auf Ebene der Gliedstaaten und belaste die Arbeitskräfte zu

stark. Die OECD empfiehlt daher, die Mehrwertsteuergesetzgebung der verschiedenen Gliedstaaten zu vereinheitlichen, die bundesstaatlichen Abgaben für Unternehmen auf Umsatz und Löhnen durch eine bundesstaatliche Mehrwertsteuer zu ersetzen und generell die Besteuerung von Arbeitseinkommen zu verringern. Ein entsprechendes im Kongress diskutiertes Reformpaket wird als gut durchdacht bewertet.

### Neue Gesetze für das Erdölgeschäft

Der Bericht macht zum ändern in Brasiliens im Vergleich mit anderen Schwellenländern ausuferndem Staatshaushalt einen zentralen Schwachpunkt aus. Die geringe Effizienz der Ausgaben vor allem im Bereich Bildung und Gesundheit wird bemängelt. Problematisch sei, dass die Verwendung eines grossen Anteils der Staatseinnahmen gesetzlich festgelegt sei.

Eine weitere Herausforderung für den brasilianischen Gesetzgeber sehen die Autoren des Länderberichts in den vermutlich bedeutenden Erdölvorkommen vor der brasilianischen Küste; die Internationale Energieagentur schätzt, dass auf Brasilien rund 40% aller bekannten Offshore-Vorkommen ausserhalb der Opec-Länder fallen. Die bisherige Gesetzgebung spricht den Grossteil der staatlichen Einnahmen aus dem Erdölbereich den Gemeinden zu, vor deren Küsten das schwarze Gold gefördert wird. Um die erwarteten Milliardenbeträge aus dem Erdölgeschäft in langfristige Fortschritte des Landes ummünzen zu können, sei eine entsprechende Verteilung der Einnahmen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen notwendig.

## Französische Arbeiter drohen mit Bomben

### Reaktion auf bevorstehende Stellenverluste

Ug. Paris, 15. Juli

Französische Arbeiter haben ihr Arsenal von nichttraditionellen Methoden in Auseinandersetzungen mit ihren Unternehmen erweitert. Bereits in zwei Fällen haben vom Verlust ihrer Arbeitsplätze bedrohte Arbeitnehmer sich nicht mehr damit begnügt, ihre Chefs für mehrere Tage und Nächte in ihren Büros festzuhalten, was in der Öffentlichkeit auf bemerkenswert breite Zustimmung stösst, sondern die Sprengung ihrer Fabriken angekündigt, falls ihre Forderungen nach Entschädigung nicht erfüllt werden.

Arbeiter einer Filiale des bankrotten kanadischen Konzerns Nortel haben um ihr Werk Gasflaschen placiert, um bisher immer wieder abge-sagte Gespräche mit den Zwangsverwaltern zu erzwingen. Sie fordern eine Entschädigung von 100 000 € für jeden entlassenen Mitarbeiter zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Zahlungen. Mit ihrem Vorgehen folgen sie den Pionierarbeit leistenden Arbeitnehmern der Firma New Fabris, eines Zulieferers für die Autokonzerne PSA Peugeot Citroën und Renault. Sie ver-

langen eine Entschädigung von je 30 000 € für den Verlust der Arbeitsplätze. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, stellten sie gut sichtbar Gasflaschen auf. Zwar ist unklar, ob die Gasflaschen gefüllt sind, aber die Drohung verhalf zur gewünschten Publizität. Zur Zahlung aufgefordert sind auch die beiden Autokonzerne, denen die Arbeitnehmer vorwerfen, ihr Unternehmen nicht rechtzeitig von der Stornierung von Aufträgen unterrichtet zu haben. Die auf Lager produzierten Autoteile werden von den Arbeitnehmern von New Fabris auf bis zu 2 Mio. € geschätzt; als Hebel für die Forderungen dient auch eine von Renault installierte, 2 Mio. € teure Maschine.

Die Regierung hält sich aus dem Streit heraus. Arbeitsminister Darcos deutete nur an, dass er «für den Ärger, nicht aber für die Gewaltandrohung Verständnis» habe, denn oft hätten Arbeitnehmer grosse Anstrengungen unternommen, um ihre Arbeitsplätze zu retten. Der Dialog müsse wieder aufgenommen werden. Die Regierung fürchtet eine Verschärfung der Konflikte im Herbst, wenn eine Welle von Entlassungen droht.

### KURZMELDUNGEN

**Revidiertes Steuerabkommen Schweiz - Österreich.** Die Schweiz und Österreich haben sich auf ein revidiertes Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) geeinigt. Es ist das elfte Abkommen, das die Schweiz gemäss dem OECD-Standard bei der Amtshilfe in Steuersachen neu ausgehandelt hat. Gemäss den Kriterien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind zwölf Abkommen erforderlich, damit die Schweiz von der «grauen Liste» jener Staaten gestrichen wird, die eine Zusammenarbeit in Steuerfragen bisher nur versprochen haben. Vor Österreich hat die Schweiz bereits mit Grossbritannien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Frankreich, Mexiko, den USA, Japan, den Niederlanden und Polen ein DBA mit der erweiterten Amtshilfeklausel parapiert. (sda)

**Managerlöhne in der Schweiz kräftig gestiegen.** Kaderleute in der Schweiz müssen den Gürtel noch nicht enger schnallen: Ihre Saläre sind laut einer Studie im Vergleich zum Vorjahr um 3-4% gestiegen. Nun dürften die Managergehälter aber kräftig sinken. Tiefer ausfallen werden sie laut der Studie des Beratungsunternehmens Kienbaum wegen des Rückgangs der variablen Bezüge. Kienbaum rechnet mit einem Rückgang der variablen Lohnbestandteile im zweistelligen Bereich. Zurzeit liegt die Lage aber noch rosiger aus: Ein Manager in der Geschäftsleitung verdient demnach im Schnitt gut 316 000 Fr. im Jahr, bei einer Spanne von 80 000 Fr. bis 1,5 Mio. Fr. Eine Stufe tiefer verdient eine Führungskraft 201 000 Fr., wobei die Höhe zwischen 60 000 Fr. und 0,5 Mio. Fr. variiert. Abteilungsleiter oder Ressortchefs, die dritte Führungsebene, verdienen im Schnitt 150 000 Fr. Hier reicht die Spanne von 50 000 Fr. bis zu 0,5 Mio. Fr. Knapp drei Viertel der Kader erhalten neben dem Grundgehalt eine variable Vergütung, wie Kienbaum schreibt. Auf der obersten Ebene beträgt dieser Anteil durchschnittlich 20% der Gesamtbezüge, auf der zweiten Ebene 14% und auf der dritten noch 9%. In Zukunft wird der variable Anteil des Gesamtlohns aber laut den Studienverfassern wichtiger. Für die Studie befragte Kienbaum 390 Unternehmen zu 10 065 Einzelpositionen. (sda)

**Deutsche Kreditversicherer vor grossen Verlusten.** Die Rezession wird bei den Kreditversicherern in Deutschland 2009 zu einem dreistelligen Millionenverlust führen. Die Versicherer rechneten in diesem

Jahr mit einem Anstieg der Schadenaufwendungen um rund 50%, nachdem diese schon 2008 stark angezogen hätten, teilt der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) mit. Das werde zu einem versicherungstechnischen Verlust von rund 300 Mio. Fr. in der Kredit-, Kautions- und Vertrauensschadenversicherung führen, mit der sich Lieferanten und Hersteller gegen Zahlungsausfälle ihrer Kunden absichern. Der GDV bekräftigt, dass die Kreditversicherer anders als Banken keinen «Rettungsschirm» der Bundesregierung brauchten. Der Bund hatte auf Hilferufe aus der Industrie reagiert, die ihre Lieferketten in Gefahr sieht. Die Regierung will selbst einen Teil des Ausfallrisikos in Form von Bürgschaften übernehmen. (Reuters)

### PERSONEN

#### Schweiz

**Neuer US-Verantwortlicher von Straumann.** Der Basler Dentalimplantate-Hersteller Straumann hat Martin J. Dymek zum verantwortlichen Leiter für seine Aktivitäten in Nordamerika bestimmt. Dieser Bereich war im vergangenen Jahr mit einem Umsatzanteil von gut 20% die am schwächsten wachsende Region des Konzerns. Laut Medienmitteilung blickt Dymek auf eine fast 30-jährige Karriere in der Dentalindustrie zurück. Zuletzt war er CEO von IOS Technologies, einer jungen, auf intraorale Scanning-Verfahren spezialisierten US-Gesellschaft. Dymek war Präsident der amerikanischen Steri-Oss, die Nobel Biocare 1998 erwarb, und leitete bis 2004 Nobel Biocare USA. (gvm)

#### Deutschland

**Zwei Schweizer in der Würth-Konzernleitung.** Die Würth-Gruppe, das weltweit führende Handelsunternehmen für Befestigungs- und Montagetechnik, baut ihre Führung aus. In das Gremium steigen die beiden Schweizer Michel Kern und Jürg Michel auf. Der 50-jährige Kern arbeitet seit fast 30 Jahren bei Würth, der 57-jährige Michel kam 1991 zu dem Konzern. Sie gehören ab Anfang 2010 zur siebenköpfigen Konzernleitung, die von Robert Friedmann angeführt wird. Würth hat 2008 8,8 Mrd. € umgesetzt und beschäftigt 60 000 Mitarbeiter. (cei)